

Werdenberger & Obertoggenburger

Donnerstag, 16. November 2023

«Druck auf Löhne und Arbeitsplätze»

Der Bund will die Wertfreigrenze für Einkäufe im Ausland halbieren. Für Walter Meier ist das nur «ein leiser Hoffnungsschimmer».

Armando Bianco

Region Wer bis anhin zwischen 50 Euro (Deutschland) respektive 75 Euro (Österreich) und 300 Franken einkauft, konnte dies komplett mehrwertsteuerfrei tun. Die im benachbarten Ausland erhobene Mehrwertsteuer konnte man bekanntlich bei der Einfuhr an der Schweizer Grenze zurückfordern. Nun will der Bund die Wertfreigrenze für diese Einkäufe von 300 auf 150 Franken senken. Waren sollen also bereits ab der Hälfte des Betrags am Zoll versteuert werden, berichtet der «Tagesanzeiger» diese Woche. Demnächst soll der Bundesrat eine entsprechende Vernehmlassung starten, dies auf Initiative von Bundesrätin Karin Keller-Sutter und als Folge mehrerer Vorstösse im National- und Ständerat in den vergangenen zwei Jahren.

Auf die Senkung der Wertfreigrenze haben die Schweizer Detailhändler lange gewartet – und mit ihnen speziell auch Walter Meier von der Federer Augenoptik AG in Buchs. Den Kampf gegen die Wertfreigrenze hat er nämlich schon vor acht Jahren aufgenommen (siehe Zweittext unten).

«Das war ganz klar ein Fehler»

Walter Meier sieht die Halbierung als «leisen Hoffnungsschimmer», wie er gegenüber dem W&O sagt. In erster Linie freut er sich, dass nun in Bern angekommen sei, dass die Freigrenze «nichts anderes als eine Subventionierung des Währungstourismus darstellt». Trotzdem spart er nicht mit Kritik.



Einkaufszentrum in Konstanz: Bis anhin lag die Wertfreigrenze für Einkäufe bei 300 Franken, das soll sich nun ändern.

Bild: Ralph Ribi

Die Erhöhung der Wertfreigrenze im Jahr 2002 von 200 auf 300 Franken sei unter dem Aspekt, dass sie über 20 Jahre später auf 150 Franken reduziert wird, «ganz klar ein Fehler gewesen». Für ihn ist es unverständlich, dass Bundesrätin Karin Keller-Sutter eine «seit zwei Jahrzehnten andauernde Ungerechtigkeit» nicht nachhaltig an die Hand nimmt, «sondern mit

einer homöopathischen Dosis weiter am Kochen hält.»

Der dauerhaft und zunehmend schwächere Euro setze den Detailhandel in der Schweiz sehr unter Druck. Die Tatsache, dass mit der Freigrenze indirekt auch das grenznahe ausländische Gewerbe durch den Schweizer Staat subventioniert wird, lässt sich für ihn nicht in Abrede stellen – diese Meinung

vertritt er schon seit Jahren. Auch ist es für ihn unbestritten, dass dadurch der Schweizer Staat eine Schwächung des inländischen Gewerbes bewusst in Kauf nehme.

Handeln des Staats eine «krasse Respektlosigkeit»

Walter Meier formuliert die Folgen, die er daraus ableitet, denn sie liegen aus seiner Sicht auf der

Hand: Reduktion von Arbeitsplätzen, Druck auf die Löhne, Reduktion der Steuereinnahmen für Kantone und Bund. Letzteres müsse wieder kompensiert werden. «Und wie macht man das? Natürlich mit diversen Steuererhöhungen», sagt er weiter.

Im Handel würden sich fehlende Mittel für Investitionen und Reinvestitionen bei nicht

direkt betroffenen Unternehmen früher oder später negativ auswirken.

Wie sieht für ihn die Situation, wenn er die Brille des Konsumenten aufsetzt? «Natürlich ist es unbestritten, dass jeder Bürger sein Geld dort ausgibt, wo er es für richtig hält.» Mit dem in der Schweiz erwirtschafteten Lohn im benachbarten Ausland einzukaufen, wo die Löhne markant tiefer sind, möge verlockend sein. «Dass der Schweizer Staat diese Verlockung durch Subvention zusätzlich honoriert, ist eine krasse Respektlosigkeit gegenüber der im Inland einkaufenden Bevölkerung», so Walter Meier.

Acht bis neun Milliarden Franken

Für rund acht bis neun Milliarden Franken haben die Schweizerinnen und Schweizer in den vergangenen Jahren im Ausland eingekauft, zumeist in Deutschland, Österreich, Italien und Frankreich. Vom Einkaufstourismus betroffen sind in der Ostschweiz vor allem Detailhändler in Grenzregionen, also in den Kantonen St. Gallen und Thurgau. Mit den neuen Plänen des Bundesrates ist der Detailhandelsverband Swiss Retail Federation nicht zufrieden. Die 150 Franken seien zu hoch angesetzt, man pocht weiterhin auf eine Wertfreigrenze von 50 Franken, hiess es seitens der Verbandsspitze in den letzten Tagen. (ab)

Ein Kämpfer vom ersten Schreiben bis zur allerletzten Instanz

Buchs Erstmals mit dem Anliegen, die Wertfreigrenze von 300 Franken abzuschaffen, hat sich Walter Meier von der Federer Augenoptik AG in Buchs schon vor acht Jahren beschäftigt. Am 27. März 2015 hat er sich mit einem Schreiben zur sogenannten Zollfreigrenze bei Wareneinführen an das Eidgenössische Finanzdepartement gewandt.

«Diskriminierung, Verstoß und Abstrafung»

Auf das öffentliche Parkett gebracht hat er seinen Kampf im Mai 2018. «Im Sinne der Gleichbehandlung ist es nicht tolerierbar, dass Kunden vom Staat bestraft werden, wenn sie im Inland einkaufen», sagte er damals in einer Recherche zur Thematik gegenüber dem W&O. Damit bezog er sich auf die Rückerstattung der im benachbarten Ausland erhobenen Mehrwertsteuer. Die «Verbilligung» von 7,7 Prozent – so hoch war die Mehrwertsteuer damals in der Schweiz – betrachtete er



In so manchen Papierkrieg gezogen: Walter Meier, der sich in den letzten Jahren vehement für die Abschaffung der Wertfreigrenze eingesetzt hat.

Bild: Daniel Schwendener

als «Diskriminierung und Ungleichbehandlung», «staatlich subventionierten Währungstourismus» und «Verstoß gegen die Verfassung».

Walter Meier sprach damals von einer «Abstrafung» der im Inland einkaufenden Bevölkerung. Die Federer Augenoptik AG hat deshalb im ersten Quartal 2018 auf das Einkassieren der Mehrwertsteuer bis zu einem Betrag von 300 Franken verzichtet, damit war der Anfang zu einem Tauziehen mit dem Bund gesetzt. Seine Forderung lautete, dass der Staat die Einkäufe im Inland bis zu einem Betrag von 300 Franken von der Mehrwertsteuer befreit.

Auch kündigte er an: «Ich ziehe die Sache bis zur höchsten Instanz durch.» Diesen Worten liess er Taten folgen, womit für Walter Meier ein juristischer Kampf begann, der ihn bis vor das Bundesgericht und später sogar vor den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Strassburg geführt hat. Seinem Feldzug gegen die Wert-

freigrenze hatten sich in der Zwischenzeit auch Mitstreiter aus Wirtschaft und Politik angeschlossen.

Ein letztes Gefecht vor dem Gerichtshof in Strassburg

Im Juni 2020 wurde Walter Meier im Kampf David gegen Goliath erstmals ausgebremst: Das Bundesverwaltungsgericht lehnte eine Beschwerde in allen Punkten ab. Das hinderte ihn aber nicht daran, seinen Weg durch alle Instanzen fortzusetzen. Im August desselben Jahres wandte er sich mit einer Beschwerde an das Bundesgericht, die vier Monate später letztinstanzlich abgewiesen wurde.

In einem letzten Akt reichte er im Juni 2021 eine Beschwerde beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte ein, drei Monate später wurde diese ebenfalls abgewiesen. «Diese Entscheidung ist endgültig und unterliegt keiner Berufung», teilte die Kanzlei des Gerichtshofs damals mit. (ab)